

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Anzeigen
Lohn die einspaltige Kolonelle
oder deren Raum 15 Bf.
Für auswärtige Besteller 20 Bf.
Reklamen 60 Bf.

Bezugspreis
monatlich 80 Bf., mit Bringer-
lohn 65 Bf. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Gerne Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Gerne Nr. 164

Nr. 26.

Samstag, den 1. März 1919.

27. Jahrgang

Vergütung der Besetzungslasten.

Der Nationalversammlung ist ein Entwurf un-

terbreitet worden, der folgendermaßen lautet:

Die verfassunggebende deutsche Nationalversam-

lung hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1. Für Leistungen, die in dem von den

feindlichen Heeren besetzten Reichsgebiet, außer El-

saß-Lothringen, gemäß dem Waffenstillstands-

vertrag für den Unterhalt der feindlichen Besatzungs-

truppen oder auf Grund von Requisitionen bewirkt worden

sind, wird Vergütung gewährt. Die Leistungen werden

vergütet, wenn sie: a) als Kriegsteilnahmen nach dem

Gesetz vom 13. Juni 1873 und den zu seiner Ergän-

zung erlassenen Verordnungen vergütet werden können,

b) darüber hinaus notwendig waren, um die feindlichen

Anforderungen zu erfüllen.

§ 2. Der Anspruch auf die Vergütung steht der

Person zu, aus deren Vermögen die Leistung bewirkt

worden ist. Die Höhe der Vergütung in den Fällen

des § 1 a) bestimmt sich nach den Vorschriften des Ge-

setzes über die Kriegsteilnahmen vom 13. Juni 1873

und den zu seiner Ergänzung erlassenen Ver-

ordnungen in den Fällen des § 1 b) nach den für die

Leistungen gemachten notwendigen Aufwendungen.

§ 3. Ist für die Leistung bereits von dem feind-

lichen Heere einer deutschen Gemeinde oder einem deut-

schen Körperschaften des öffentlichen Rechts eine Ver-

gütung gewährt worden, so ist sie auf den nach § 2

Satz 2 bemessenen Betrag anzurechnen, der von einer

deutschen Gemeinde oder einer anderen deutschen Körper-

schaft des öffentlichen Rechts vorausgesetzt wird. Der

Betrag wird in den Grenzen des § 2, Satz 2 erstattet.

§ 4. Die Vergütung, sowie der nach § 3 zu er-

stattende Betrag werden auf Antrag des Berechtigten

durch einen Bescheid der von der Landeszentralbehörde

bestimmten höheren Verwaltungsbehörde festgestellt. Der

Beschluss der Verwaltungsbehörde ist dem Antragsteller und dem

Vertreter des Reichsinteresses zuzustellen.

§ 5. Wegen des Bescheides der höheren Verwal-

tungsbehörde steht dem Antragsteller und dem Vertreter

des Reichsinteresses innerhalb eines Monats nach der

Zustellung eine Beschwerde an die Reichsentwicklungs-

kommission zu.

§ 6. Der Reichsminister des Innern ernannt bei

den höheren Verwaltungsbehörden und bei der Reichs-

entwicklungskommission Vertreter des Reichsinteresses,

die seinen Anforderungen Folge zu leisten haben.

§ 7. Der Zeitpunkt, in dem die festgestellte Ver-

gütung zu zahlen ist, wird durch besonderes Gesetz

bestimmt. Der Betrag wird vom ersten Tage des auf

die Leistung folgenden Monats mit 5 v. H. jährlich

verzinst. Die Zinsen werden gleichzeitig mit der

Vergütung bezahlt.

§ 8. Der Staatsauschuss erläßt die näheren Be-

stimmungen über das Verfahren vor den höheren Ver-

waltungsbehörden und vor der Reichsentwicklungskom-

mission und über die Vergütung der bei ihr zu bilden-

den Beschwerdeinstanzen. Er kann Bestimmungen zur Aus-

führung dieses Gesetzes erlassen.

§ 9. Die Vergütung von Kriegsteilnahmen, welche

für die deutsche bewaffnete Macht in den nach dem

Waffenstillstandsvertrag besetzten oder von den deutschen

Truppen geräumten Gebieten bewirkt worden sind, wird

gemäß den Vorschriften der Paragraphen 4, 5, 6 und

7 festgesetzt, wenn die Feststellung der Anwendung des

Gesetzes über die Kriegsteilnahmen auf Grund sachver-

ständiger Schätzungen zu erfolgen hätte.

§ 10. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 11.

November 1918 in Kraft.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die württembergische Regierung hat ihre Bereitwilligkeit geäußert, gegen eine angemessene Abkündigung das Württemberg nach der früheren Verfassung auf dem Gebiete der Bierbesteuerung zustehende Sonderrecht aufzugeben und in die Biersteuerge-
meinschaft einzutreten. Dieser Schritt ist vom Standpunkt der weiteren Ausgestaltung der Reichseinheit nur lobhaft zu begrüßen, und zwar umso mehr, als er in durchaus freiwilliger Entscheidung erfolgte. Der Reichsfinanzminister ist, wie das Volksblatt hört, auch bereit, bei der Regelung der Frage entgegenzukommen zu zeigen, das voraussichtlich zu dem endgültigen Abschluß führen wird.

Die Nationalversammlung.

(16. Sitzung)

Am Montagmorgen: E. Heimann, R. K. Schiller.

Sandberg, Dr. Frey, Weinhardt, E. Berger, Götter, Bell, David, Hilbrand, Wiffel und andere.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Eingegangen ist u. a. ein Gesetzentwurf zur Beseitigung der Folgen der Verkehrser-

schwerung. Der Ausschuss für Handel und Gewerbe wird in der Folge als Ausschuss für Volkswirtschaft bezeichnet werden. Von der Erörterung der Que-

stionen wird Abstand genommen.

Zur 3. Lesung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichs-

wehr.

Dr. Fleischer (Ztr.) verlangt die Beseitigung aller Hemmnisse, die der Anwendung entgegenstehen.

Das aktive Unteroffizierskorps werde und müsse das Rückgrat der neuen Truppe bilden. Man müsse dabei die berechtigten Wünsche dieser Kategorie berücksichtigen und ihnen eine Teuerungszulage gewähren. Befüge der Reichswehrminister hierfür nicht das unbedingt nötige

Verständnis, so müsse an den Reichspräsidenten appel-

liert werden. Ebenso sei es erforderlich, den Militär-

anwärtern bald mehr als bisher entgegenzukommen.

Eine Erhöhung ihres Grundgehalts durch Teuerungszu-

lässe müsse unbedingt erfolgen. Nicht nur von ameri-

kanischen Staaten, sondern auch von den Spartakisten

werde alles aufgebracht, um deutsche Unteroffiziere zu ge-

winnen. Die Fortwillingenwerbung müsse durch drückende

Verbeugung unterstützt werden. Die Volkswirtschaft

und die Volkseigenschaft im Osten sei in steter Zunahme be-

griffen.

Reichswehrminister Roske: Den Fragen der Teue-

rungszulage, Versorgungsansprüche und anderer Rege-

lung der Wehrkräfte wird sichverständlich die größte

Aufmerksamkeit geschenkt. Ich habe gestern angeordnet,

daß diese Angelegenheit sofort noch einmal nachgeprüft werden

und so rasch wie möglich eine Entscheidung herbeige-

führt wird.

Brach (U. Soz.): Die Regierung will offensichtlich

Gewalt gegen Gewalt setzen. (Zurückrufen!) Durch

Schauerndes wird eine Stimmung des Volkes gegen

Spartakus erzeugt. (Lachen.) Für das weitere An-

wachsen von Spartakus sorgt die Regierung selbst.

(Zurufe: Das russische Geld!) Die Streiks im Ruhrge-

biet waren reine Lohnstreiks. (Zurufe: Zur Sache!) An-

ßerdem handelt es sich um das Geld der Sozialisie-

rung. (Zurufe: Zur Sache!) Wir haben gegen den Aus-

bruch des Generalstreiks gewirkt. (Zurufe: Der Sozialis-

ten: Das Gegenteil haben Sie getan! Der Präsident

ruft den Redner zur Sache.) Die Truppen sollen zur

Niederhaltung der Arbeiterkraft benutzt werden. (Wi-

derbruch.) Redner behauptet, daß im Edenhofel in

Berlin Lockstepfen liegen, die im Auftrag der Reichs-

regierung stehen und auf die Arbeiter losgelassen wer-

den. Wir werden die Arbeiter über die Zwecke der

Reichswehr aufklären. (Lachen.)

Lavrenz (Deutschland) Schamlose Verbrechen

und unerhörte Vergewaltigungen gehen täglich vor sich

Gerade die blutdürstige Partei des Porreners ist an

diesen Vorgängen schuld. Wir fordern eine Beseitigung

der Militärantiquitäten. Die Regierung möge bald

Gewalt gegen Gewalt setzen. Unser Wahlprüch bleibt:

Zurücklos und treu! (Beifall rechts.)

Schöpflin (Soz.): Es ist eine Verleumdung,

daß die Reichswehr gegen die Arbeiter verhandelt werden

soll. Herr Brach weiß auch, daß das nicht wahr ist.

Er will nur in echt demagogischer Weise die Verheerung

des deutschen Volkes weismachen. (Beif. Zutr. bei der

Reichs.) Er war einer der Hauptheer des Streiks im

Ruhrgebiet. Jetzt versucht er mit gleicher Unwahr-

heit und Stumpfsinnigkeit auch die Parteien zu demun-

zieren. (Beif. Zutr. bei der Reichs.) Präsident Fehrenbach:

Stumpfsinnigkeit dürfen Sie einem Mitglied des Hauses

nicht vorwerfen. (Heiterkeit.) Wir denken auch nicht dar-

an, die Reichswehr im Wirtschaftsausschuß aufzubieten.

Nicht gegen die Streikenden, sondern lediglich gegen die

Räuber, Mörder, Plünderer soll das Wort gelten:

Gewalt gegen Gewalt.

Reichswehrminister Roske: Zu der Räuberge-

schichte (Heiterkeit) über Spitzelwirtschaft kann ich nur

erklären, daß selbstverständlich die Reichsregierung lei-

nerlei Aufträge in dieser Richtung gegeben hat. Die vor-

getragenen Behauptungen werden nachgeprüft werden.

Wir werden Sorge tragen, daß die seit Monaten be-

triebene Unterwanderungsarbeit nicht fortgesetzt werden

kann. Eine Anzahl Leute gibt es, die keine andere Auf-

gabe zu kennen scheinen, als das Reich in den Ruin

hineinzutreiben, russische Zustände in Deutschland zu

schaffen. Dr. Cohn, der mir zuzustimmt, daß die Reichs-

regierung diese Spitzelwirtschaft deckt, kann ja am besten

über die russischen Kundscheine Auskunft geben. (Stür-

mische Zurufe bei den Unabhängigen.) Wir wissen,

daß russische Agenten und russisches Geld auch bei der

in unserm Lande in Szene gesetzten Bewegung eine

rolle spielen. Wir selbst würden lieber an

merem Vollen sein, wenn wir nicht dafür sorgen, daß

diesem Verbrechertum ein Ende bereitet wird.

Thiele (Soz.) weist ebenfalls die Behauptungen

des Abg. Brach über Lockstepfen zurück und erörtert die

Schuld der Unabhängigen an dem Streik in Mittel-

deutschland.

Winnefeld (Ztr.): Es ist unwahr, daß die

Verhältnisse im Ruhrgebiet sich so entwickelt haben, wie

der Abg. Braun es geschildert hat. Ich als Bergmann

protestiere entschieden dagegen, daß man die Vergarbei-

ter so hinzustellen versucht, als ob wir unsere Pflicht

dem Vaterlande gegenüber vernachlässigt hätten. (Beif.)

Die heutigen Zustände im Ruhrgebiet sind nur auf das

Konto der Unabhängigen und Spartakisten zu setzen.

(Beif. Zutr.) Ich stelle das dringende Ersuchen an die

Regierung, kein Mittel unversucht zu lassen, um Ord-

nung und Ruhe im Ruhrgebiet herbeizuführen. (Beif.)

Brach (U. Soz.) polemisiert gegen die Abg. Schöpf-

lin und Winnefeld.

Präsident Fehrenbach ruft den Abg. Brach

zur Ordnung, weil er dem Abg. Schöpflin unwahre Be-

hauptungen vorgeworfen hat.

Schöpflin (Soz.): Sobald man die Unabhän-

gigen wegen ihres Zusammenarbeitens mit den Sparta-

kisten selbst, schlagen sie sich selbst in die Brust und

stellen sich als unbedürftig hin. Dieses seltsame Ausweichen

vor der Verantwortung ist für einen Arbeiter und So-

zialisten tief beschämend. (Beif. Zutr.) Vor einer hal-

ben Stunde wurde mir aus Erfurt gemeldet, daß dort

alle Fabriken mit Maschinengewehren und Handgran-

aten besetzt sind, und daß die Arbeiter mit Waf-

fengewalt aus den Fabriken entfernt worden sind.

(Erfurt aber ist nicht spartakistisch, sondern unabhängig.)

Sue (Soz.): Der Generalstreikbescheid ist in einer

ad hoc einberufenen Delegiertenversammlung gefaßt wor-

den, die lediglich von Unabhängigen und Spartakisten

bestand war. (Hört, hört!) Auf der Konferenz am 18.

stellte sich heraus, daß die unglaubliche Mehrheit der

Vergarbeiter-Delegierten gegen den Generalstreik war.

Cohn (U. Soz.): Durch meine Hände ist kein rus-

sisches Regierungsgeld geflossen. Roske hat mir nur

Parteigeld gegeben. (Lauter Gelächter.)

Reichswehrminister Roske: Die Tatsache steht

fest, daß Roske die Parteifreunde des Herrn Cohn,

Haase und Barth, vor aller Öffentlichkeit als Lügner

gebrandmarkt hat, weil sie in Abrede gestellt hatten, rus-

sische Gelder in Empfang genommen zu haben. Die

Tatsache steht fest, daß Haase hinterher erklärt hat, er

sei ein so harmloses Gemüt, (Heiterkeit), daß er ange-

nommen habe, daß die 100 000 Mark, die ihm in die

Hände gelegt worden sind, von deutschen Kapitalisten

gegeben worden waren, ausgerechnet zu dem Zwecke,

damit ihnen die Arbeiter den Hals umdrehen. (Errept

Zurufe bei den Unabhängigen: Das hat er nicht ge-

sagt; das ist eine Lüge!) Präsident Fehrenbach ruft

den Abg. Cohn wegen dieses Zurses zur Ordnung.)

Ein Vorwurf, der von Herrn Cohn kommt, trifft mich

nicht. (Präsident Fehrenbach: Herr Reichswehrminister:

auch diese Bemerkung einem Mitglied dieses Hauses ge-

genüber ist unzulässig; ich rüge Sie.) Haase hat er-

klärt, daß er niemals russisches Geld in Empfang ge-

nommen habe. Daran habe ich nie angezweifelt. Aber die

Tatsache steht fest und ist nicht bestritten worden: Barth

hat russische Gelder in Empfang genommen zur Ent-

fachung des Bürgerkrieges in Deutschland. Die Ent-

fachung dieses russischen Geldes und seine Verwen-

dung ist ein so peinliches Kapitel für sie, daß sie nie-

mals in stände sein werden, sich vor dem deutschen Volke

zu rechtfertigen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Wahrgesetz wird in dritter Lesung gegen

die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten ange-

nommen. Die Vorlage auf Zulassung von Hilfsmitteln

dem zum Patentamt wird in allen drei Lesungen ver-

abschiedet.

Es folgt das Notengesetz für Elsaß-Loth-

ringen. Die Vorlage will für die Maßnahmen zur

Abhilfe dringender Notstände eine Rechtsgrundlage schaf-

fen. — Nach kurzer Begründung wird das Gesetz in

allen drei Lesungen angenommen. Hiermit wird

die Sitzung bis 3 1/2 Uhr nachmittags unterbrochen.

(Nachmittags-Sitzung.)

Zur Beratung steht das Heberangsgesetz.

Sein Zweck ist, an die Stelle der beseitigten Gewalten

der alten Verfassung neue Rechtsformen zu setzen. So

wird bestimmt, daß die früheren Befugnisse des Reichs-

tags auf die Nationalversammlung, die des Bundes-

rates auf den Staatsauschuss und die des Kaisers

auf den Reichspräsidenten übergehen.

Anträge der Deutschnationalen Volkspartei fordern

die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes und eine

neue Verfassung.

Die Nationalversammlung wird in der Sitzung vom 11.

November 1918 in Kraft.

möglichst weitgehende Einschränkung des Verordnungsrechtes, Anträge der Unabhängigen eine Einschränkung der Rechte des Reichspräsidenten und des Staats-Ausschusses.

Reichsjustizminister Landsherg wendet sich gegen diese Anträge.

Bederr-Kassau (Str.): Der Tendenz der Vorlage stimmen wir zu. Wir müssen wieder festen Boden gewinnen. Dem Antrag auf Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes vermögen wir nicht beizutreten.

Reichsarbeitsminister Bauer redet: Die neue Krankenkassenverordnung. Sie war dazu bestimmt, eine Anzahl arbeiterfeindlicher Bestimmungen, die bei Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in das Krankenkassengesetz hineingekommen waren, wieder zu beseitigen.

Dr. Böpke (Demokr. Partei) befürwortet die Annahme der von Dr. Abiaz und ihm beantragten anderweitigen Fassung des § 1 des Uebergangsgesetzes, wonach auch die vom Rat der Volksbeauftragten oder von der Reichsregierung erlassenen und vor dem 10. Februar 1919 erlassenen Verordnungen in Kraft bleiben, soweit ihnen nicht dieses Gesetz oder das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt entgegensteht.

Barmuth (Deutschnat. Volksp.): Die ganze Gesetzesarbeit der Revolution muß auf das allergeringste geprüft werden.

Watzke (Deutsche Volksp.): Das Gesetz ist ein Versuch, die gesetzgeberischen Akte der Revolution zu legalisieren. Die ganzen Verordnungen müssen erst gründlich nachgeprüft werden. Wir fordern Ausschlußberatung für das Gesetz.

Ein neuer Antrag Dr. Abiaz (Dem. P.) verlangt, daß nur die Verordnungen Gesetzeskraft erhalten, die in ein vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichtes Verzeichnis hineinkommen und daß das Recht der Rationalversammlung zur Außerkraftsetzung der Verordnungen unbefristet sein soll.

Reichsjustizminister Dr. Landsherg. Die Reichsregierung ist von der Absicht getrieben, die Rechtsicherheit möglichst bald wieder herzustellen. Ich bitte daher von einer Ausschlußberatung abzusehen.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Wir haben wichtige Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Er hat tatsächlich einen höchst politischen Charakter und will den Verordnungen der Volksbeauftragten den Vortritt vor den ungesetzlichen Geboten nehmen. Es ist jetzt aber noch viel zu früh, von einem Abschluß der Revolution zu sprechen.

Ein Zentrumsantrag will den Entwurf des Gesetzes werden lassen, die einzelnen Verordnungen der Volksbeauftragten aber verschiedenen Ausschüssen zur Nachprüfung überweisen.

Giebel (Soz.): Dem Zentrumsantrage können wir nur soweit zustimmen, als es sich um die angelegenen Verordnungen handelt.

Bederr-Kassau (Str.): Die Forderung der Verordnung über die Krankenkassenbeamten hätte man besser der Rationalversammlung überlassen sollen.

Reichsminister Bauer (Soz.): Die Lage der Ortskrankenkassen nach Rückkehr der Kriessoldaten machte andere Verordnungen noch vor dem Zusammentritt der Rationalversammlung notwendig.

Nach weiterer Debatte wird die Kommissionsberatung der Vorlage gegen Deutschnationale und Unabhängige abgelehnt.

Aus einer großen Reihe von Einzelabstimmungen geht schließlich § 1 in folgender Fassung hervor:

Die bisherigen Gesetze und Verordnungen des Reiches bleiben bis auf weiteres in Kraft, soweit ihnen nicht dieses Gesetz oder das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 entgegensteht. In Kraft bleiben oder treten auch die vom Rat der Volksbeauftragten oder der Reichsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen. Ein Verzeichnis dieser Verordnungen ist der Rationalversammlung innerhalb der Frist von einem Monat nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzulegen. Eine Verordnung ist von der Reichsregierung

ausgegeben, im Falle, wenn die Rationalversammlung dies innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beschließt. Das Verzeichnis ist im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen. Verordnungen, die in diesem Verzeichnis fehlen, treten außer Kraft.

Der Antrag Gröber, Mayer, Feder wegen der Nachprüfung der Verordnungen in drei Ausschüssen wird angenommen. Der Rest des Gesetzes wird nach dem Entwurf unter Ablehnung der Anträge Abiaz ohne Debatte erledigt. Dem Vorschlag des Vizepräsidenten Hauemann, sofort auch die dritte Lesung vorzunehmen, widerspricht der Abg. Kischke (Demokr. Partei).

Hierauf vertagt sich das Haus.

Eingegangen ist eine Interpellation: Arnstadt und Genossen (Deutschnat. Volksp.) gegen die Verlegung der durch den Waffenstillstandsvertrag angenommenen Demarkationslinie durch die Polen, um Freilassung der als Geiseln festgehaltenen Deutschen, gegen die Uebergriffe der Polen bei der Rekrutierung und um Sicherstellung der durch den polnischen Aufstand gefährdeten Ernährungszustände.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr: Interpellation Arnstadt u. Gen. (Deutschnat. Volksp.), dritte Beratung des Uebergangsgesetzes, erste Lesung des Verfassungsgesetzes. — Schluß 8 1/2 Uhr.

Zur Lage im Reich.

Die Ursache der Bewegung.

Ueber die Streikbewegung herrscht an amtlicher Stelle die Auffassung, daß neben den bekannten wirtschaftlichen auch ausgesprochen politische Beweggründe vorherrschend sind. Unverkennbar ist auch, daß den Streikführern nur unter Anwendung eines skrupellosen Terrors es gelungen ist, die Massen mit fortzureißen, die in ihrer großen Mehrheit gar nicht wissen, welche Forderungen sie erfüllt wissen wollen. Die Lage in Berlin ist zweifellos gespannt. Mit der Möglichkeit von Arbeitsstörungen und Zwischenfällen muß gerechnet werden. In Hamburg und in Ost- und Westfalen soll die Streikbewegung neu aufgefackelt sein. Alles in allem herrscht auch in Berlin die Ueberzeugung, daß die letzte Ursache in dem Mangel an Rohstoffen zu sehen ist.

Von kommunistisch-parasitärer Seite wird wiederum lebhafteste Agitation betrieben, deren Ziel ist, die am 5. März in Berlin zusammentretende preussische Landesversammlung mit einem Generalstreik zu begründen. Wie aus gewerkschaftlichen Kreisen mitzuteilen wird, werden hauptsächlich Betriebsversammlungen, die in den letzten Tagen sehr zahlreich einberufen worden sind, zu dieser Agitation mißbraucht. Auch wird in großen Mengen ein Flugblatt verbreitet, das der Regierung und den Mehrheitssozialisten den Vorwurf macht, an der Ermordung Eisners die Hauptrolle zu tragen.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und Ost- und Westfalen ist infolge des Generalstreiks in Sachsen zum Teil gestört. Die Eisenbahnverwaltung ist jedoch bestrebt, den Verkehr weitestmöglich aufrecht zu erhalten, und sucht, wenn ihr die eine Strecke verlegt wird, immer wieder andere Möglichkeiten auszunutzen, um die Bahnverbindung aufrecht zu erhalten.

In Sachsen machen sich nicht nur in der Lausitz, sondern auch im Grimmaer Gebiet Streikdrohungen der organisierten Landwirte bemerkbar. Sie wollen vom Milchlieferungszwang befreit sein und drohen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, sofort die Lebensmittelversorgung einzustellen.

Die Vorgänge in Bayern.

Erste Lage in München.

Meldungen aus München lassen die Lage als außerordentlich ernst erkennen. Angeblich beherrschen die Kommunisten nicht nur die öffentlichen Gebäude und

die Verkehrsanstalten, sondern sind auch im Reichs-Rotenpresse. Nach der neuen Lebensmittellieferung erhalten die Arbeiter die doppelte Lebensmittellieferung. Der Räterat will eine Flugzeugganz Deutschland einrichten, die die Wahrheit der bayerischen Verhältnisse verbreiten soll.

Schwere Ausschreitungen.

Der „Frankische Kurier“ meldet aus Bamberg: Nach einer anlässlich der Einäscherung Eisners von Personen besetzten Trauerkundgebung kam es zu schweren Ausschreitungen jugendlicher Soldaten gegen halbwegsige Burschen. Diese zogen, um gegen Verweigerung des angeordneten Glockengeläuts zu protestieren, nach der St. Marienkirche, dem Dom, erzbischöflichen Palast und der Klosterkirche St. Die versperren Kirchentüren wurden mit Steinen und Steinwürfen gewaltsam geöffnet und schwer bewaffnete Soldaten und Zivilisten drangen in die Kirchen und setzten die Gloden in Bewegung. Der Dom der Domkapitular Seiger und Erzbischof Dr. v. wurden schwer am Leben bedroht. Herbeigerufenen Milizabteilungen mit Maschinengewehren und Mannsaufgebote stellten die Ordnung wieder her. zehn der Hauptschuldigen wurden verhaftet.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die Säuberung. — Erfolgreiche Arbeit.

Truppen der Division Gerstenberg griffen in Nacht Hamburg an und besetzten nach kurzem Kampf das Rathaus. In den Kämpfen wurden auch die noch in der Nacht aus Arbeitern gebildete gerungeltene Sicherheitswehr teil. Die Verluste gering. 600 Mann drangen von Sternstraße kommend die Stadt ein. Von Duisburg aus marschierte die sturmfrontliche Sicherheitswehr ein, die sich den Hamburger Bürgern, meist Bergleuten, gebietet. Der große Teil der Spartakisten wurde schon vorher genommen, während sich etwa 100 Mann in ihrer Niederlassung auf der Parafstraße verteidigten, dem die Artillerie der Regierungstruppen fünf gegen das Gebäude abgegeben hatte, wurde es den Truppen gestürzt. Eine umfangreiche Plünderung fiel ihnen in die Hände. Durch die Artilleriebeschüsse wurden zwei Spartakisten getötet, neun verwundet, über 100 Mann wurden gefangen. Ein bürgermeister Schreder wurde sofort in Haft genommen, weil die Arbeiter ihn bedrohten, beim Generalkommando gegen die Entlassung von Regierungstruppen zu haben und den Spartakisten zu sehr entgegengekommen zu sein. Die Division Gerstenberg, sowie die Division übernahmen sofort den Sicherheitsdienst; aber wurde vorläufig der Belagerungszustand aufgehoben.

Dem durch einen Schuß in den rechten Arm getöteten jüngsten Unruhen schwer verletzten Landtagsabgeordneten Bergassdorff ist die rechte Arm amputiert worden.

Die Streikleitung nahm nach einer Meldung Düsseldorf weitere zehn Industriestellen. In diesen Verhandlungen führten zu einer Einigung der Grundlage, daß 75 Proz. des Lohnes für Streiklage bei sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit gezahlt werden. Der Generalstreik ist damit beendet.

Zur Friedenskonferenz.

Das linke Rheinufer.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat Frankreich seine ursprünglichen Ansprüche bezüglich der deutschen Grenze aufgegeben. Frankreich hat wohl der Sitzung am Montag seine Ansprüche auf die Kontrolle des linken Rheinufers aufgegeben, aber nicht die bisherigen Normen, wo Frankreich diese Kontrolle

Rote Rosen.

Roman von A. Courths-Mahler.

25) Nachdruck verboten.

„Ich habe allerdings noch nie für einen oberflächlichen Menschen gehalten, Gerlinde. Vielleicht bist du ein wenig verbittert. Du mußt zu vergessen suchen. Und was am mir liegt, will ich gern tun, um dir dabei zu helfen.“

Sie deutete diese Worte ganz falsch und so, wie sie es sich wünschte. Mit einem aufleuchtenden Blick reichte sie ihm die Hand.

„Ich danke dir, Rainer, deine Hilfe nehme ich dankbar an.“

Er blieb harmlos und unbefangen und sagte herzlich:

„Und noch jemand soll dir dabei helfen, Gerlinde.“

Sie sah ihn überrascht und fragend an.

„Was meinst du damit?“

Mit freudigem Gesicht richtete er sich straff empor.

„Das sollst du jetzt hören, Gerlinde. Ich sagte dir vorhin, es sollte mir ein freundliches Omen sein, daß du bei meiner Heimkehr ein festlich weisses Gewand anlegst, und die Trauer aus Schloß Ramburg verbannt hast. Denn Schloß Ramburg soll wieder eine Herrin bekommen.“

Gerlindes Herz schlug bis zum Halse hinauf. Sollte sie der Erfüllung ihrer Wünsche schon so nahe sein? Sie glaubte, seine Worte mußten sich auf sie beziehen.

„Eine Herrin!“ stammelte sie verwirrt.

„Ja, Gerlinde“, sagte er, ihre Hand mit warmem Druck fassend, „sodass sie schon innerlich aufsaugte, „Ich habe mich verlobt.“

Wäre der Blick vor Gerlinde niedergefahren, sie hätte nicht erschrockener sein können, als bei diesen Worten. Wie gelähmt sah sie da, mit seitsam sahlem, blassem Gesicht, und ihre Augen starrten ihn glanzlos, wie erstorben an.

So sah sie ihm eine Weile reglos und schweigend gegenüber. Ihr Wesen fiel ihm nicht weiter auf,

zunächst hielt es es für einen Ausfluß großer Ueberregung.

Endlich kam wieder Leben in ihre Gestalt. Sie riß ihre Hand aus der seinen und fuhr mit einem Ruderschnell empor.

„Nein — nein, das ist nicht wahr!“ rief sie hervor, und ihre Lippen waren bläulich wie ihr Gesicht.

Graf Rainer wurde nun doch etwas ungemächlich zumute.

„Ich sehe, du bist ganz fassungslos vor Ueberregung. Ich glaube wohl, daß du sehr erstaunt bist. Wenn sich ein alter Hagestolz endlich auf seine Pflichten besinnt, wundern sich die Menschen in der Regel.“

Gräfin Gerlinde hatte sich noch immer nicht in der Gewalt. Aus ihren Augen schloß ein ganz verzweifelter Blick in die seinen.

„Das darf nicht sein — das ist doch unmöglich,“ rang es sich über ihre Lippen.

Sie sträubte sich, an die Wahrheit seiner Worte zu glauben, weil sie meinte, eine solche Wahrheit nicht ertragen zu können.

Nun erschrak der Graf doch. Seine Unbefangenheit wollte nicht mehr standhalten. Aber die wirkliche Ursache ihres Erschreckens blieb ihm fremd. Er glaubte nur, sie sei so fassungslos, weil sie nun vor die Notwendigkeit gestellt wurde, in das Witwenhaus überzuziehen zu müssen. Daß sie das nicht gern tat, mußte er. Sie hatte ihm oft genug gesagt, wie sehr sie sich davor fürchtete.

„Es wird mir sein, als ob die Mauern mich ersticken wollten. Ich bin kleine Räume nicht gewohnt,“ hatte sie ihm einmal gesagt. Und zum Trost hatte er ihr damals geantwortet:

„Du wirst Zeit haben, dich an den Gedanken zu gewöhnen, denn vorläufig denke ich noch nicht daran, mich zu verheiraten, und bevor ich es nicht tue, brauchst du nicht ins Witwenhaus überzusiedeln.“

Wahrscheinlich erregte sie nun der Gedanke, daß es nun bald sein müsse, so sehr. Jetzt fiel auch sein Blick auf die Perlenteile um ihren Hals. Er kannte sie als zum Ramburger Familienschmuck gehörig, und ein unangenehmes Gefühl lag in ihm auf.

„Ich nehme ihr viel durch meine Vermählung das macht sie so bestürzt. Daran habe ich gar nicht gedacht, daß ich ihr dadurch mancherlei Opfer legen muß, dachte er. Und fast beschloß ihm ein Gefühl des Unrechts ihr gegenüber, und sie tat ihm leid. Keine Ahnung hatte er jedoch, wie viel er ihr in dieser Stunde genommen hatte. Er — er dachte nur, nachsichtig zu sein.

„Warum darf es nicht sein, Gerlinde?“ fragte er sanft.

Sie sank kraftlos in den Sessel zurück und preßte das kleine Epitaphienbüchlein an ihren Mund, als müßte sie einen qualvollen Aufschrei zurückdrängen. In dieser Stunde erkannte sie erst voll und ganz, wie sehr sie diesen Mann liebte. So sehr liebte sie ihn, daß sie jetzt kaum daran dachte, was sie mit seiner Verlobung ausgeben mußte. Aber sie rang vergeblich mit sich selbst, daß sie ihre Fassung zurückerobern, damit sie sich nicht noch mehr verriet. Jetzt durfte er keine Ahnung davon bekommen, was sie ihm wirklich nur zu gern verraten wollte, — daß sie ihn liebte.

„Warum? Mein Gott — ich bin zu sehr überrascht — so fassungslos — ich meine — ja — ich meine — ich weiß doch, daß du — daß du Prinzessin Helene — die Großherzogin Albert — liebst — liebtest — stammelte sie, nach einem plausiblen Grund ihres Schmerzes suchend.

Er fuhr auf und in seinem Gesicht spannten sich die Muskeln. Seine Augen blickten plötzlich scharf, fast drohend.

„Wer hat dir das gesagt, Gerlinde?“

Sie blickte sich in die Lippen.

„Wer — nun, das ist doch gleich,“ sagte er dann tonlos.

„Nein, das ist mir nicht gleich. Das Geheimnis meines Herzens hat nie ein Mensch erfahren, außer den zunächst Beteiligten. Ich muß wissen, wer das gesagt hat, Gerlinde.“

(Fortsetzung folgt)

einem bestimmten Teil seiner Abteilungen bezeichnet. Voraussichtlich wird bestimmt werden, daß Deutschland seinerlei militärische Macht auf dem linken Rheinufer haben darf, sobald der Rhein in militärischem Sinne die Grenze Deutschlands wäre.

Kleine Chronik.

Radels Nachfolger. Der Schweizerische Volkswirtschaftler Platten soll nach einer Meldung der "Neuen Zürcher Zeitung" nach Rußland gereist sein; man glaubt aber, daß er nach Deutschland gefahren ist, um anstelle des verhafteten Radels die Spartakistenbewegung zu führen.

Lothales und Provinzielles.

Schierstein, den 1. März 1919.

Beziehungswechsel. Die Villa Rudolph, Biedrichstraße 22, ging durch Kauf in den Besitz des Herrn Reinhard Schmidt von Biedrich über.

Wie wir nachträglich erfahren, ist hier am letzten Sonntag der vor einigen Jahren aufgelöste Zentrums-Wahlverein neu gegründet worden.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf wurde dort der Mehaer Eduard Schäfer, der älteste Sohn des Herrn Fritz Schäfer, Besitzer des Restaurants "Zum Anker" von hier, bei den jüngsten Spartakistenunruhen in einer Wirtshaft erschossen.

Einwoi. Die Generalversammlung der Turngemeinde findet heute Abend von 7 Uhr ab statt. Mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit wird um pünktliches Erscheinen dringend ersucht. Ebenso verweisen wir auf die morgen stattfindenden Hauptversammlungen des Ziegenuchvereins und des Kranken- und Sterbvereins. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollständiges Erscheinen.

Die Kohlennot. [Gelegentlich der Ueberlieferung der Kohlenbezugscheine für Februar teilte der Reichskommissar folgendes mit: "Ich muß bei dieser Gelegenheit die Versorgungsbezirke darauf aufmerksam machen, daß sie mit der Wahrscheinlichkeit rechnen müssen, daß ich für das laufende Hausbrandwirtschaftsjahr weitere Bezugscheine nicht an die Versorgungsbezirke herausgebe. Ueber die trostlose Lage in den heimischen noch zu unserer Verfügung stehenden Bergbaurevieren werden die Versorgungsbezirke durch die Tageszellenungen hinlänglich unterrichtet sein. Zu den ständigen Streiks und Unruhen — namentlich in den hauptsächlichsten Brennstoffherkunftsgebieten — sowie durch die starken Minderleistungen der Bergarbeiter bedingten Förderungsaustritten treten der Verlust der linksrheinischen Bergbaurevire für die Versorgung des übrigen Deutschlands durch die heimische Belegung der linken Rheinseite sowie ferner die durch die zwangsweise Abgabe der Wagen und namentlich Lokomotiven verursachten Beförderungserschwerungen bei der Eisenbahn. Die gegenwärtige Erzeugung reicht kaum aus, um den dringlichsten Bedarf der Eisenbahn, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Nahrungs- mittelbetriebe zu decken, so daß für den Hausbrand, der als nächstdringlicher Verbrauchszweck in Frage kommt, nur sehr wenig übrig bleibt. Infolgedessen befindet sich die Belieferung der bereits in den Verkehr gebrachten Hausbrandbezugscheine stark in Rückstand. Bei einer längeren Ausdauer der gegenwärtigen Verhältnisse ist kaum damit zu rechnen, daß bis zum Schluß des Hausbrandwirtschaftsjahres 1918/19, d. h. bis zum 30. April 1919 noch die bis jetzt herausgegebenen Bezugscheine (einzelständig die Reihe S, blau) annähernd voll beliefert werden. Eine Herausgabe weiterer Bezugscheine würde daher bei Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse zwecklos sein und zu Ungleichmäßigkeiten in der Versorgung Anlaß geben, die vermieden werden müssen. Allen Versorgungsbezirken kann angesichts dieser Verhältnisse nur dringend empfohlen werden, die jetzt herausgegebenen blauen Bezugscheine der Reihe S und die etwa noch in ihrem Besitz befindlichen früheren Reihen in erster Reihe dazu zu verwenden, um den dringlichsten Bedarf den Anstalten (wie Schlachthöfe, Krankenhäuser u. dergl.) sowie der im Interesse der Volksernährung wichtigen gewerblichen Betriebe (Bäckereien usw.) ferner den dringlichsten Bedarf in landwirtschaftlichen Betriebskopien damit bis zum Schluß des Hausbrandwirtschaftsjahres zu decken. Erst die nach Bedienung dieses dringlichsten Bedarfs noch verfügbaren Hausbrandbezugscheine würden zweckmäßig dem Handel für den Hausbrand im engeren Sinne zur Verfügung zu stellen sein. Solange die Beunruhigungen durch die ständigen Streiks nicht aufhört und die Arbeitsleistung nicht zunimmt und solange nicht die Arbeit in den Lokomotivfabriken und Reparaturwerkstätten in intensiver Weise betrieben wird, ist an eine Besserung der Verhältnisse für den Hausbrand bedauerlicherweise nicht zu denken." Dagegen kann noch mehr als bisher gesagt werden kann, muß versucht werden, mit den jetztigen geringen Mengen auszukommen. Die Kreisohlenstelle bleibt demüthig Braunkohlen herein zu schaffen, womit sich die Beodickung gegebenenfalls begnügen muß. Die Schwierigkeiten, Braunkohlen zu erhalten, sind auch sehr groß, so daß mit einer einigermaßen ausreichenden Menge ebenfalls nicht gerechnet werden kann.

KA. Deutschen-Fürsorge. Die Reichsregierung hat das Zentral-Komitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz mit der Fürsorge für die aus Ulfah-Richtungen geflüchteten oder vertriebenen Deutschen betraut. Die Regelung der Fürsorge wird vermittelt durch die örtlichen Vereine des Roten Kreuzes. Anträge Beileidiger oder der Gemeinden auf Zuweisung von Unterstützungen usw. sind deshalb an die vorgedachte

Stelle zu richten. Jedenfalls soll für die Flüchtlinge nicht die öffentliche Armenpflege eintreten. Das Rote Kreuz wird ausreichend für Hilfe sorgen.

Aus dem Rheingau. Die Vereinigung Rheingauer Weinbauvereine wird trotz der bestehenden Schwierigkeiten ihre Jahrsversammlungen in gewohnter Weise im Mai abhalten. Gegen 300 Halbstück sind bereits angemeldet; andere werden folgen. Die Hauptkassse der Versammlung wird der 1918er ausmachen; doch kommen auch noch einige Posten älterer Jahrsange zum Ausbehol. Sonst sind die früheren Jahrsange im ganzen Rheingau ausverkauft. Auch der 1918er Wein der Winger und Weingutsbesitzer, welche nicht zu jener Vereinigung gehören, ist bereits größtentheils in andere Hände übergegangen. Der Durchschnittspreis betrug zuletzt Mk. 4500—6500 und verzinst darüber für das Stück. Man darf geradezu von Massenverkäufen reden. In manchen Rheingauorten war fast ein Sturm auf Wein im Gange und der Wettbewerb noch lebhafter, als selbst bei dem 1917er Wein im vorigen Frühjahr. Trotz Steigens der Preise hatten noch mehrere Winger bis zum Abbruch zurück, der bereits begonnen hat.

Biedrich. Zu dem Ableben des Herrn Geh. Kommerzienrats Wilhelm Kasse wird der Biedricher Tagespost noch geschrieben: Die Stadt Biedrich hat durch den Tod ihres Ehrenbürgers, Herrn Geheimrat Dr. W. Kasse einen großen Verlust erlitten. Der Dahingegangene war nicht nur der Gründer eines großen industriellen Unternehmens, ein tüchtiger Mitarbeiter der städtischen Behörden, ein eifriger Förderer zahlreicher Vereine, sondern auch einer der größten Wohlthäter unseres Gemeinwesens. An jeder Not nahm er mit mitem Herzen Anteil und suchte sie mit freigebiger Hand zu lindern. Viele werden ihn vermissen und ihm nachtrauern. Zu den Trauernden gehören auch unsere Wohlfahrtsvereine. Besonders der Vaterländische Frauenverein und der Kleinkinderschulverein freuen sich seines warmen Interesses und Schutzes und seiner großartigen Freigebigkeit. Noch im letzten Jahre, gelegentlich seines achtzigsten Geburtstages, bedachte er beide Vereine mit bedeutenden Geldspenden. Die Kleinkinderschule, deren Vorstandsmittglied er jahrelang war, wurde besonders von ihm bevorzugt, wohl im Andenken an seine leider allzufrüh verstorbenen Gattin, deren Lebenszweck gewesen, Gutes zu tun und ihren Nebenmenschen Freude zu bereiten. In pietätvoller Weise schenkte Herr Geheimrat Kasse die Liebeswerke seiner Gattin fort, so die Weihnachts- und Konfirmationsspenden an die Arbeiterkinder seiner Fabrik, die reichen Gaben in Naturalien und Geld zur Speisung bedürftiger Kinder, die Osterüberreichung für die Kleinen in der Kinderschule, die Geschenke, die der Nikolaus brachte und die reichen Weihnachtsgaben. — Der gütige, menschenfreundliche Verstorbenen dachte auf ein langes, reich segnetes Leben zurück, aber die Gutes sterben immer zu früh. Für ihn war ja wohl der Tod eine Erlösung in dieser traurigen Zeit; aber die Ueberlebenden hätten ihn noch gern behalten. Zu den Verstorbenen wird er nie gehören, denn seine Wohltaten haben ihm bleibendes Andenken gesichert.

Mitteilung des Rheingauer Weinbauvereins.

An die Herren Weingutsbesitzer u. Winger!

Betrifft: Gemeinschaftlichen Bezug von Tabakgeräth, Rohrkorn, und Schmierseife.

Diejenigen Weingutsbesitzer und Winger, welche zur diesjährigen Heu- und Sauerwurmbekämpfung 8—10 p. ozentigen Tabakgeräth oder 98 prozentigen Rohrkorn und Schmierseife benötigen, werden gebeten, ihre Bestellung dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Landes Dekonomierat Dr. in Rüdesheim, mitzuteilen. Zur Bekämpfung des Heu- und des Sauerwurms sind für 1 Morgen Weinberg erforderlich 15 Kilo 8—10 p. ozig. Tabakgeräth oder statt dessen 1 1/2 Kilo 98 prozent. Rohrkorn und 2 1/2 Kilo Schmierseife; wer nur den Sauerwurm zu bekämpfen beabsichtigt, kommt mit der Hälfte aus. Der Preis für 1 Kilo 98 prozent. Rohrkorn wird voraussichtlich 56 Franken betragen; für Tabakgeräth und Schmierseife war noch kein fester Preis zu ermitteln. Die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms hat sich auch im vorigen Jahre wiederum bestens bewährt. Es sei noch bemerkt, daß sich zur Ausführung der Bekämpfung sämtliche Reispigen mit Revolverstäubern verwenden lassen.

Schilling,
Obst- und Weinbauinspektor der Landwirtschaftskammer.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betreffend Reiseverkehr.

Zu der am 19. Februar vom Herrn Etappen-Kommandanten erlassenen Bekanntmachung betr. Erleichterung des Personen-Verkehrs werden folgende Erläuterungen zugefügt:

- 1) Der freie Verkehr innerhalb des Landkreises Wiesbaden mittels Personalausweis erstreckt sich auch auf die Stadt Wiesbaden.
- 2) Reisen ins unbefestigte Gebiet, — mit Ausnahme der Personen, die ihre Arbeitsstelle im besetzten Gebiet haben, — werden nur ausnahmsweise, und nur wenn ganz triftige Gründe vorliegen, genehmigt, z. B. für Personen, die ihren Wohnsitz im unbefestigten Gebiet haben, und nach dorten zurückkehren wollen, weil

dieselben im besetzten Gebiet gänzlich mittellos dastehen, oder Personen, die wichtige wirtschaftliche Angelegenheiten zu regeln haben. Für letztere müssen die Besuche nicht nur vom Bürgermeister, sondern auch von einer höheren amtlichen Stelle bescheinigt sein (Landratsamt, Lebensmittelzentrale, Landwirtschaftskammer, Handelskammer), welche die Besuche dem zuständigen Administrateur militaire vorlegt, oder dieselben zurück-schickt.

Reisen ins unbefestigte Gebiet zur Einholung von Lebensmitteln, Besuch kranker Angehöriger, Verheiratung usw. werden grundsätzlich nicht berücksichtigt, und es ist gänzlich zwecklos, derartige Besuche einzureichen.

Wiesbaden, den 28. Februar 1919.

L'Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Champagne)

R. Boissau.

Betr. Verkauf von Butter.

Montag, den 3. März findet auf dem Rathause der Verkauf von Butter statt und zwar für den: Brotkartenbezirk Nr. 4 von 8 bis 9 Uhr (alte Zeit.)

"	2	9	10	"	"
"	1	10	11	"	"
"	3	11	12	"	"

Es werden auf jedes Familienmitglied 50 Gramm Butter abgegeben. 50 Gramm Butter kosten 80 Pf. Brotkartenausweis der laufenden Woche ist vorzulegen. Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltungsoorkandes versehen sein. Milchverfänger sind von dem Verkauf ausgeschlossen. Die Bezirke sind genau einzuhalten. Die Beträge abgezählt mitzubringen.

Betr. Ausgabe von Gerstenmehl.

Auf Nr. 3 der Lebensmittelkarte gelangt zur Ausgabe Gerstenmehl. Die Karten sind bis Montag Abend 6 Uhr in den Geschäften, und die Geschäfteinhaber haben dieselben bis Dienstagvormittag 10 Uhr auf Zimmer 1 im Rathause abzugeben.

Betr. Kontrollversammlung.

Auf höhere Anordnung finden die allwöchentlichen Kontrollversammlungen der anlässlich des Krieges zum Wehrdienst eingezogen gewesenen Einwohner wieder statt und haben sich diese Personen in der Zeit

von Samstags 2—5 Uhr nachm.
Sonntags 10—12 " "
Montags 8—12 " "

im Sitzungssaal des Rathauses zu melden. Unterlassung dieser wöchentlichen Meldungen wird streng bestraft.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
unsrer liebes, einziges Töchterchen

Anna Maria

am Donnerstag Abend 6 Uhr, nach kurzer
Krankheit zu sich abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Jos. Ulrich und Frau

Anna geb. Schrauth

und alle Angehörigen.

Schierstein, den 1. März 1919.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 2.
März, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehaus,
Dotzheimerstrasse 23, aus statt.

Dampfwaschanstalt „Schwan“

Dogheim bei Wiesbaden

übernimmt Stärkewäsche in tadelloser Ausführung,
sowie sämtliche Haushaltungswäsche.

Gardinen-Spannerei

Annahmestelle bei

Frau Wehnert,
Mittelstraße 3.

Schulranzen

Größte Auswahl.

Billigste Preise

officiert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnstrasse 10
Reparaturen.

Meine Sprechstunden finden von
jetzt ab wieder werktäglich von

8 bis 9 und 12 bis 1 Uhr
(franz. Zeit)

statt.

San.-Rat Dr. Bayerthal.

Ziegenzuchtverein Schierstein.

Sonntag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr,
findet bei Gastwirt Fritz Siebert (Gasthaus zur Eisenbahn)
unsere diesjährige

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht der Revisionskommission.
3. Bericht der Rechnungsprüfer.
4. Entlastung des Vorstandes.
5. Neu- und Ergänzungswahl des Vorstandes.
6. Wahl der Revisionskommission.
7. Wahl der Rechnungsprüfer.
8. Auslosung von Anteilscheinen.
9. Vereinsangelegenheiten.

Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

F. W. Kinkel, Gerberei und Lederfabrik
Heidesheim (Rheinhessen) und Mainz

übernimmt das Gerben von Grosshäuten, sowie
von Kalb-, Ziegen- und kleinen Fellen.

Ankauf von Rohhäuten und Fellen
in jedem Umfang.

Fabrikation von Lederwaren,
Spezialität Kuntze Geschirre Treibriemen,
Massenartikel.

Geschäftseröffnung.

Einer werten Einwohnerschaft, sowie
meiner früheren Kundschaft zur Kenntnisnah-
me, daß ich mein

Baumaterialiengeschäft

wieder eröffnen habe.

Empfehle mich in Lieferung von Port-
land-Zement, Kalk, Dachpappe, Karbolinum,
Dachlack und sonstiger Bauartikel. Um ge-
neigten Zuspruch bitte!

Philipp Nicolay,

Baumaterialienhandlung.

Bureau und Lager Kirchgasse 1.

Bekanntmachung.

Wir machen unsere Stromabnehmer darauf auf-
merksam, daß sie verpflichtet sind, jeden Wohnungs-
wechsel uns sofort schriftlich anzuzeigen. Unterbleibt
diese Anzeige, so wird ein etwaiger Stromverbrauch in
der alten Wohnung dem bisherigen Inhaber weiter
berechnet.

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G.
Eltville a. Rh.

Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild.

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6½ Uhr.
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6½ Uhr geöffnet.

Hotel Nassauer Hof.

Empfehle meine prima
1918er Naturweine.

1918er Erbacher Steinmorgen
per Flasche Mk. 6.50.

1918er Eltviller Sonneberg (Riesling)
per Flasche Mk. 6.

Im Ausschank:

Eltviller Sonneberg
per Glas Mk. 1.50

Mein Saal ist von mittags 12 Uhr ab
für die Gäste freigegeben.

W. Neumann,
Nassauer Hof.

Turngemeinde Schierstein.

Samstag, den 1. März, abends 7 Uhr (neue Zeit)
findet in unserer Halle die jährliche

Hauptversammlung

statt.

Tagesordnung.

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht der Prüfer.
3. Entloftung des Vorstandes.
4. Neuwahl des Vorstandes.
5. Neuwahl der Prüfer.
6. Genehmigung des Haushaltsplanes für 1919.
7. Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder um allseitiges und
pünktliches Erscheinen.

Der Vorstand.

Sommerzeit.

Im besetzten Gebiet wird die Sommerzeit eingeführt
werden und zwar in der Nacht vom 1. zum 2. März um
3 Uhr vorm. Zu dieser Zeit werden die Bahnhöfe um
eine Stunde vorgestellt, so daß die Stunde von 3 bis 4 Uhr
ausfällt. Die übrigen Fahrplanänderungen werden durch
Aushang bekannt gemacht werden.

Mainz, den 26. Februar 1919

Eisenbahndirektion.

Musik-Verein Schierstein.

Sonntag, den 2. März,
von nachmittags 3 Uhr bis abends 9 Uhr,
veranstaltet der Musikverein Schierstein eine

Musikalische Unterhaltung mit Tanz

im Saalbau „Tivoli“.

Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst
eingeladen.

Musik-Verein Schierstein.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß ein etwaiger
Verbrauch von elektrischem Strom in leerstehenden
Wohnungen, Stellungen und anderen Räumen vom
Hausbesitzer dem Elektrizitätswerk sofort anzumel-
den ist, damit ein Elektrizitätsmesser angebracht wird.

Die Hausbesitzer sind für die Entnahme des Stro-
mes haftbar, und wir weisen insbesondere auf das
Reichsgesetz betr. die Bestrafung für Entziehung des
elektrischen Stromes vom 9. April 1900 hin.

Rheingau Elektrizitätswerke,
Aktiengesellschaft, Eltville.

Allg. Kranken- u. Sterbeverein (Zuschußkasse) Schierstein.

Nachdem die Genehmigung zur Abhaltung der auf
morgen, den 23. Februar 1919, angelegten

Generalversammlung

nicht erteilt wurde, findet diese nunmehr am
2. März 1919, nachmittags 3 Uhr,
im Gasthaus „Zum Anker“ statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

N. B. Nach dieser Versammlung Versammlung
des Sanitätsvereins. Rechnungsablage des Kassierers.
Bericht der Prüfungs-Kommission. Verschiedenes.

Hauskollekte.

In der kommenden Woche wird die diesjährige
Hauskollekte für den Gustav-Adolf-Verein durch
Frau Kuhlendorf erhoben werden.

Pfr. Cunz.

Tanzkursus.

Beginn meines

Hauptkursus

am Samstag, den 1. März nach-
mittags 7½ Uhr im oberen Sälen zur
„Rheinlust“.

Zwecks Zusammenstellung eines

Extrakursus

für ältere Damen u. Herren und eines
Wiederholungskursus

zur Erlernung der modernen Tänze. „Fran-
cise, Lancier u. Boston-Walzer
bitte um geß. Anmeldung.

Hochachtungsvoll

Anton Horne.

Karlstrasse 14.

Ein braver, ordnungs-
liebender

Junge

mit guter Schulbildung kann
gegen Lohn bei uns in die
Lehre treten.

Schiersteiner Zeitung

Empfehle fertige und dauer-
hafte

Kinderschuhe

in Größen von 27—36
Biebrich, Rathausstr. 47

Lüchler

Schuhmachergefelle

wird eingekauft.
Biebrich, Rathausstr. 47.

Zu kaufn gesucht

Pferde-, Kuh- und Ziegenmist

Curt Vogt,
Gärtnerei, Niederwalluf.

Schuhe

werden schnell und gut be-
sohlt und repariert, sowie
Anfertigung nach Maß und
Veränderungen mit prima
Lederverarbeitung mitge-
brachter Zulaufen.

Biebrich, Rathausstr. 47

Magen- u. Darmleiden

Rheumatismus. Schreibe
allen Leidenden—gern um-
sonst, womit ich mich von
meinem schweren Magen-
leiden usw. selbst befreite.

Hugo Heinemann,
Hornhausen bei Ocherleben.
Rückmarke erwünscht!

Pferdedung

zu kaufen gesucht.

Gärtnerei Thomas,
Erbach Rheingau.

Kirchliche Nachrichten.

Evgl. Kirche.

Sonntag, den 2. März.

10 Uhr Hauptgottesdienst.

11 Uhr Kindergottesdienst.

4 Uhr Bibelstunde

Mittwoch 8½, Missions-
Verein.

Pfr. Cunz.

Haus

mit Hinterhaus
und Garten, preiswert zu
verkaufen.

Mäh. Dohheimerstr. 40.

Ein Acker

zu pachten gesucht.

Näheres Lindenstraße 5.

Wohnhaus

zu verkaufen.

Mittelstraße 17.

Wer vermittelt

Umzugsadressen?

gegen Vergütung. Offerten unter
G. 6427 an D. Frey, Mainz.
Exp.-b. Mainz.

Ein großer Grammophon,
ein runder Tisch und
mehrere Vogelkäfige
zu verkaufen.

Näh. in der Geschäftsstell